

Sperrfrist: 29.09.2015, 09:00 Uhr

## **Rechtsextremismus online: Hass gegen Fremde alltägliche Realität**

### **Neonazistische Parolen mit großer Reichweite | gezielte Ansprache von Jugendlichen | Hassbotschaften ahnden und Jugendliche für die Auseinandersetzung stärken**

Mainz, 29.09.15

Blanker Hass gegen Flüchtlinge, Juden, Muslime, Homosexuelle oder Sinti und Roma ist im Social Web alltägliche Realität, konstatiert der aktuelle Bericht von jugendschutz.net zu Rechtsextremismus online. Über 6.000 rechtsextreme Webangebote dokumentierte das Team im vergangenen Jahr, jedes dritte verstieß gegen den Jugendmedienschutz. „Mit stylischen und provozierenden Inhalten sprechen Rechtsextreme gezielt Jugendliche an“, so Christiane Schneider, Leiterin des Bereichs politischer Extremismus bei jugendschutz.net. „Beiträge im Social Web, die an Vorurteile und Ängste anknüpfen, erzielen große Reichweite, auch über Szenekreise hinaus.“ Im Zuge der aktuellen Flüchtlingsdebatte hätten sich die Hinweise auf rassistische Hetze bereits verdreifacht.

„Wir dürfen nicht dulden, dass Kinder und Jugendliche Hetze gegen Flüchtlinge, Juden, Muslime, Sinti und Roma, Homosexuelle und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Selbstverständlichkeit im Netz erleben“, mahnt Bundesjugendministerin Manuela Schwesig. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert die Arbeit im Bereich Rechtsextremismus von jugendschutz.net seit 2012. „Darum setzen wir uns für eine starke Allianz aus Plattformbetreibern, die Hassbotschaften konsequent ahnden, erwachsenen und jugendlichen Vorbildern, die offen Stellung gegen Rassismus beziehen, und einer Community, die Hetzer mit allen medialen Mitteln in ihre Schranken weist, ein.“

In 58 % der Fälle gelang es jugendschutz.net, Jugendliche schnell vor gefährdenden Inhalten zu schützen. Effektivstes Mittel war dabei der direkte Kontakt zu den großen Plattformbetreibern. „Aufrufe im Netz, Flüchtlingen mit Gewalt zu begegnen, sind auch nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag absolut unzulässig und müssen mit aller Konsequenz verfolgt und unterbunden werden.“, betont Siegfried Schneider, Vorsitzender der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM). jugendschutz.net leitet Verdachtsfälle, bei denen deutsche Verantwortliche bekannt sind, an die KJM weiter, die ein medienrechtliches Verfahren einleitet.

Neben der Konfrontation mit unverhohlenem Hass und Gewalt werden Jugendliche auch subtil geködert. „Wo Rechtsextreme an jugendkulturelle Phänomene anknüpfen oder mit dem Reiz des Rebellischen und Verbotenen spielen, ist erzieherischer Jugendschutz unverzichtbar.“, sagt die rheinland-pfälzische Kinder- und Jugendministerin Irene Alt. Im Mai hätten die Jugendministerien von Bund und Ländern bekräftigt, den verantwortungsbewussten, kritischen und selbstbestimmten Umgang mit Medien zu fördern. „Die Sozialen Medien werden von allen Jugendlichen tagtäglich genutzt. Öffentliche Jugendhilfe und freie Träger müssen ihre bewährten Angebote weiterentwickeln, um Gefährdungen auch in der virtuellen Welt vorzubeugen.“

**Bericht von jugendschutz.net zu Rechtsextremismus im Internet zum Download:**

<http://hass-im-netz.info/s/bericht2014>

## ***Über jugendschutz.net***

jugendschutz.net drängt Anbieter, Onlineangebote so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche nicht gefährdet werden. Die Stelle recherchiert als Kompetenzzentrum für den Jugendschutz im Internet Risiken in jugendaffinen Diensten. Sie nimmt über ihre Hotline Hinweise auf Verstöße gegen den Jugendmedienschutz entgegen und sorgt dafür, dass diese schnell beseitigt werden. Im Fokus der Arbeit stehen riskante Kontakte, Selbstgefährdungen, politischer Extremismus und sexuelle Ausbeutung von Kindern.

Die Jugendministerien haben die länderübergreifende Stelle 1997 gegründet. Sie ist seit 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden, um eine einheitliche Aufsicht über Rundfunk und Internet zu gewährleisten.

Kontakt: Murat Özkilic, [presse@jugendschutz.net](mailto:presse@jugendschutz.net), Tel. +49 (0) 6131 3285-20  
[www.jugendschutz.net](http://www.jugendschutz.net)

## ***Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)***

Das BMFSFJ unterstützt seit 2001 verschiedene Programme zur Extremismusprävention. Den zum Ende 2014 auslaufenden Bundesprogrammen „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und „Initiative Demokratie Stärken“ schloss sich ab Januar 2015 ein neues Bundesprogramm, „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ an. Hierüber wird die Arbeit von jugendschutz.net im Bereich Rechtsextremismus aktuell gefördert.

Kontakt: Verena Herb, [presse@bmfsfj.bund.de](mailto:presse@bmfsfj.bund.de), Tel. +49 (0)30 206 55-10 61/62  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

Gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

## ***Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz***

Rheinland-Pfalz ist die federführende Stelle aller Bundesländer für den Jugendschutz in der Öffentlichkeit und den Jugendschutz im Bereich der Medien.

Kontakt: Astrid Eriksson, [pressestelle@mifkjf.rlp.de](mailto:pressestelle@mifkjf.rlp.de), Tel. +49 (0) 6131 16 56 32  
[www.mifkjf.rlp.de](http://www.mifkjf.rlp.de)



RheinlandPfalz

MINISTERIUM  
FÜR INTEGRATION, FAMILIE,  
KINDER, JUGEND UND FRAUEN

## ***Über die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM)***

Die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) ist die zentrale Aufsichtsstelle für den Jugendschutz im privaten bundesweiten Fernsehen sowie im Internet. Ihre Aufgabe ist es, für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen zu sorgen und im Rahmen der regulierten Selbstregulierung die Selbstverantwortung der Anbieter zu fördern.

Kontakt: Petra Pfannes, [kjm@die-medienanstalten.de](mailto:kjm@die-medienanstalten.de), Tel. +49 (0) 30 2064690-59  
[www.kjm-online.de](http://www.kjm-online.de)



Kommission für  
Jugendmedienschutz

die  
medienanstalten